

12/SN-212/ME

AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-5258

Bregenz, am 6. Juni 1989.

An das
Bundeskanzleramt

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	36 - GE/989
Datum:	12. JUNI 1989
Verteilt	16. Juni 1989

G. Aesch - Kordant

Betrifft: Bundesgesetz zur Bekämpfung der Infektiösen Bovinen
Rhinotracheitis und der Infektiösen Pustulösen
Vulvovaginitis (IBR/IPV), Entwurf, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 19.4.1989, Zl. 79.500/33-VII/10/89

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Infektiösen Bovinen Rhinotracheitis und der Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis wird folgende Stellungnahme übermittelt:

Zur Überschrift:

Im Sinne einer Vereinheitlichung und Berichtigung der Nomenklatur sollte das Gesetz "Bundesgesetz zur Bekämpfung der Bovinen Herpes-Virusinfektion 1 (BHV1-Gesetz)" heißen. Der Ausdruck "IBR/IPV" wäre dementsprechend auch in den folgenden gesetzlichen Bestimmungen durch "BHV1" zu ersetzen.

Zu den §§ 7, 19, 21 und 23:

Für Bekämpfungsmaßnahmen im Sinne der genannten Bestimmungen kann das Alter der Rinder von sechs Monaten auf ein Jahr angehoben werden. Allfällige notwendige Untersuchungen jüngerer Rinder sind durch die Bestimmungen der §§ 19 Abs. 1 und 24 gewährleistet. Durch diese Änderung könnten, ohne die seuchenpolizeiliche Sicherheit zu verschlechtern, Kosten eingespart werden.

Zu den §§ 8, 9, 11, 19 und 23:

Die in diesen Bestimmungen vorgesehenen Wiederholungsuntersuchungen sollten in einem Abstand von sechs anstatt von vier Wochen erfolgen. Da mit den bis-

- 2 -

herigen zeitlichen Abständen von zwei Monaten aus seuchenpolizeilicher Sicht gute Erfahrungen gemacht wurden, damit allerdings größere betriebliche Einschränkungen verbunden waren, wäre diese Sechs-Wochen-Frist am geeignetsten.

Zu den §§ 13 und 14:

Die Ausstellung von veterinärpolizeilichen Zeugnissen für alle Rinder, die in Verkehr gebracht werden, verursacht einen kaum zu bewältigenden Verwaltungsaufwand. Es wäre deshalb wesentlich zweckmäßiger, für die nicht BHV1-freien Bestände Regelungen im Sinne des § 20 zu treffen.

Zu § 15:

Abs. 1:

Das Untersuchungsalter der Rinder bei periodischen Untersuchungen sollte auf ein Jahr und darüber festgelegt werden. Zu Beginn einer Seuchenbekämpfungskaktion bleibt bei einem Untersuchungsalter von zwei Jahren und darüber eine nicht vertretbare Lücke. Mit der Reduzierung des Untersuchungsalters würde nicht nur eine zusätzliche Sicherheit erreicht werden, sondern auch ein Großteil der Ergänzungsuntersuchungen würde sich erübrigen sowie, im Falle der Angleichung des Untersuchungsalters in den §§ 7 und 15, überhaupt wegfallen.

Abs. 2:

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der besseren Anpassung an die regionalen Verhältnisse wäre für die Erlassung von Verordnungen über die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen periodischen Untersuchungen die Zuständigkeit des Landeshauptmannes anstelle des Bundeskanzlers festzulegen.

Zu § 16:

Die Worte "vom Tierarzt (§ 2)" sollten entfallen, da diese im Hinblick auf die Regelung des § 2 zu Mißverständnissen führen könnten und auch bei deren Weglassen keine inhaltliche Änderung eintritt.

Zu § 18:

Der Landeshauptmann hat gemäß § 14 des Entwurfs die Rinderbestände in Evidenz zu halten und Zeugnisse über die Bestandsfreiheit auszustellen. Es ist deshalb erforderlich, daß die Untersuchungsbefunde auch an die Landesveterinärbehörde übermittelt werden.

- 3 -

Zu § 19:

Da handelsübliche Plastikohrmarken, die bei jungen Kälbern eingezogen wurden, bei erwachsenen Rindern nach Verlust einer Ohrlochung äußerst ähnliche Löcher verursachen, wäre eine andere Kennzeichnung zu überlegen. Auch wenn der Verlust zweier Plastikohrmarken selten ist, könnte beispielsweise eine Kennzeichnung in Form einer dreieckigen Kerbung erfolgen.

Zu § 22:

Die Regelung, daß die Entscheidung über die Gewährung der Ausmerzentschädigung dem Bundeskanzler vorbehalten ist, widerspricht den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Sparsamkeit des Verfahrens. Für die Zuständigkeit des Bundeskanzlers ist auch in den Erläuternden Bemerkungen keine Begründung enthalten. Die Entscheidung über die Gewährung der Ausmerzentschädigung sollte dem Landeshauptmann zukommen, wie dies auch bei der Gewährung von Entschädigungen nach dem Tierseuchengesetz der Fall ist.

Zu den §§ 29 und 30:

Diese Übergangsbestimmungen stellen für Vorarlberg einen Rückschritt dar, da aufgrund der in Vorarlberg bereits durchgeführten Maßnahmen ein sehr hoher Grad an Seuchenfreiheit erreicht werden konnte. Diese Übergangsbestimmungen sollten daher auf jene Gebiete, in welchen die Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 des Entwurfs bereits erreicht wurden, keine Anwendung finden.

Zu § 32:

Da die periodischen Untersuchungen üblicherweise im Herbst beginnen, wäre das Inkrafttreten mit 1.10.1989 festzulegen. Damit könnten auch die diesjährigen Herbstuntersuchungen verwertet werden.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins

L a n d e s r a t

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

Dr. E n d e r

F.d.R.d.A.

Hilfsmittel